Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1327**

15. Wahlperiode 01. 07. 2003

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Klimke, Klaus Brähmig, Ernst Hinsken, Edeltraut Töpfer, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Cajus Caesar, Anke Eymer (Lübeck), Dr. Hans Georg Faust, Albrecht Feibel, Georg Girisch, Peter Götz, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Gerda Hasselfeldt, Uda Carmen Freia Heller, Volker Kauder, Werner Kuhn (Zingst), Maria Michalk, Bernward Müller (Gera), Anita Schäfer (Saalstadt), Bernhard Schulte-Drüggelte, Wilhelm Josef Sebastian, Kurt Segner, Johannes Singhammer, Klaus-Peter Willsch und der Fraktion der CDU/CSU

Unterstützung grenzübergreifender kommunaler Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Osterweiterung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die anstehende EU-Osterweiterung ist mit keiner der bisherigen Erweiterungsrunden vergleichbar. Die Zahl der Beitrittskandidaten, die Größe des neuen EU-Gebietes mit seiner großen Zahl von Einwohnern und den bedeutenden Unterschieden in der wirtschaftlichen Entwicklung stellen die Europäische Union vor eine nie dagewesene Herausforderung. Der Integrationsprozess bietet große Chancen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, weil er verschiedene Regionen, Länder und Menschen einander näher bringt. Das damit verbundene große touristische Potenzial sollte auch für die Entwicklung der Tourismuswirtschaft in Deutschland und den Beitrittsländern genutzt werden.

In der öffentlichen Diskussion überwiegen beim Thema EU-Osterweiterung mögliche negative Auswirkungen. Aufgabe der Bundesregierung ist es, die Risiken der Osterweiterung zu minimieren und Chancen für betroffene Region aufzuzeigen.

Grenzübergreifende Kooperation wie Städtepartnerschaften, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Regionen, Institutionen, nicht staatlichen Organisationen (NGO) und Wirtschaft stellen eine Chance für die Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und den EU-Beitrittsstaaten aus Osteuropa dar. Sie bieten konkrete Möglichkeiten des Kennenlernens, des gegenseitigen Reiseverkehrs, der Kooperation sowie des Abbaus von Vorurteilen. Die Partner können voneinander lernen, sich bei Problemstellungen oder Unglücksfällen unterstützen sowie den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch fördern. Aus diesen Partnerschaften entstehen Kontakte, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit, besonders auf dem Gebiet des Tourismus, stärken. Dabei können die Beitrittsländer auch grundsätzlich von den Erfahrungen der „ersten EU-Osterweiterung“ profitieren, die in den neuen Bundesländern als Folge der Wiedervereinigung gemacht wurden, sowie von der oft langfristigen fruchtbaren Zusammenarbeit deutscher Städte mit jeweils anderen westeuropäischen Städten, aus denen z. B. gegenseitige Mehrfach-Partnerschaften entstehen könnten.

In der Bundesrepublik Deutschland werden Aktivitäten der kommunalen Spitzenverbände zum EU-Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Staaten von der

Regierung in weit geringerem Maße unterstützt als dies z. B. in den Niederlanden oder in Skandinavien der Fall ist. Deutschland mit seiner Grenze zu zwei EU-Beitrittsländern und in seiner historischen Rolle als Mittler zu osteuropäischen Staaten sollte bei der Unterstützung grenzübergreifender kommunaler Zusammenarbeit die Führungsrolle übernehmen. Kommunen müssen auf die EU-Osterweiterung vorbereitet, Risiken minimiert und Chancen dargestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Fördermittel des Auswärtigen Amts für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zur Förderung des Kultur- und Jugendaustausches im Rahmen der Städtepartnerschaftsarbeit (im Bundeshaushalt Kapitel 05 04 Titel 687 17 BA 3 sowie Kapitel 05 04 Titel 686 17 BA 2) den besonderen Erfordernissen der EU-Osterweiterung entsprechend zu erhöhen;
2. die hervorragende Zusammenarbeit des deutschen Städte- und Gemeindebundes mit Partnerstädten der osteuropäischen EU-Betrittsländer zu unterstützen;
3. entsprechende Informationsveranstaltungen unter Beteiligung von Kommunen, Institutionen, NGO, der Wirtschaft und speziell der Tourismusbranche in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden bis Ende 2003 auszuarbeiten, durchzuführen und finanziell zu unterstützen;
4. diese Veranstaltungen mit Vertretern des jeweiligen Beitrittslandes, deutschen Regionen sowie der Bundesregierung durchzuführen;
5. im Rahmen dieser Veranstaltungen die Chancen der EU-Osterweiterung auf kommunaler Ebene für die Bereiche Tourismus und andere Wirtschaftszweige, Umweltschutz sowie Abfall- und Abwasserentsorgung darzustellen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufzuzeigen;
6. im Rahmen dieser Veranstaltungen Chancen des private-public-partnership aufzuzeigen;
7. die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Institutionen, staatlichen Einrichtungen und der Wirtschaft unbürokratisch zu fördern;
8. im Rahmen dieser Veranstaltungen besonderes im grenznahen Bereich die Ansprechpartner und Entscheidungskompetenzen in den jeweiligen Kommunen der osteuropäischen EU-Beitrittstaaten aufzuzeigen;
9. die Fortschritte der osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten bei der Umsetzung der EU Heranführungshilfen PHARE, ISPA und SAPARD zu dokumentieren.

Berlin, den 1. Juli 2003

Jürgen Klimke
Klaus Brähmig
Ernst Hinsken
Edeltraut Töpfer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Cajus Caesar
Anke Eymer (Lübeck)
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Georg Girisch
Peter Götz
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Gerda Hasselfeldt
Uda Carmen Freia Heller
Volker Kauder
Werner Kuhn (Zingst)
Maria Michalk
Bernward Müller (Gera)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Bernhard Schulte-Drüggelte
Wilhelm Josef Sebastian
Kurt Segner
Johannes Singhammer
Klaus-Peter Willsch
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333